

Recht auf Familie auch für Geflüchtete!

Die Initiative Familiennachzug Eritrea, die Aktionsgruppe Afghanistan Berlin und das Berliner Afghanistan-Bündnis rufen auf zur Kundgebung und Demonstration am 12.11.21 ab 10.00 Uhr vor der SPD-Parteizentrale Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

Wir sind Geflüchtete aus Eritrea, Afghanistan und anderen Ländern und leben zum Teil seit Jahren von unseren Familien getrennt. Jahrelange Wartezeiten auf Botschaftstermine und auf die Bearbeitung von Visumanträgen für den Familiennachzug, Forderungen nach Dokumenten, die wir gar nicht beschaffen können, horrenden Kosten für das Verfahren des Familiennachzugs und die Unerreichbarkeit der deutschen Auslandsvertretungen verhindern den Nachzug unserer Familien. Durch den Krieg in der äthiopischen Region Tigray hat sich die Situation der dort auf den Nachzug wartenden eritreischen Familien massiv verschärft. Und in Afghanistan ist mit der Machtübernahme der Taliban der Familiennachzug nahezu unmöglich geworden.

Diese Situation ist unhaltbar und eine menschenrechtliche Katastrophe!

Wir fordern SPD, Grüne und FDP auf, bei den Koalitionsverhandlungen konkrete Verabredungen zu treffen, um Familiennachzugsverfahren zu entbürokratisieren und zu beschleunigen!

Gemeinsam wollen wir für das Recht auf Familienleben für alle auf die Straße gehen. Für unbürokratische Online-Visaverfahren, für die schnelle Bearbeitung der Anträge auf Familiennachzug direkt im Auswärtigen Amt und in allen deutschen Auslandsvertretungen, nicht nur in den Nachbarstaaten Eritreas und Afghanistans, für die Anerkennung alternativer Nachweise der Familienzusammengehörigkeit, für einen erweiterten Familienbegriff, für den Rechtsanspruch auf Familiennachzug auch für subsidiär Geschützte und für die Kostenübernahmen für den Familiennachzug durch die Bundesrepublik Deutschland.

Kommt alle am 12.11.21 um 10.00 Uhr vor das Willy-Brand-Haus. Von dort laufen wir mit Zwischenstopp vor dem Familienministerium bis zum Auswärtigen Amt, wo unsere Abschlusskundgebung stattfinden wird.

Für die Teilnahme an der Demonstration ist das Einhalten von Abstandsregeln und das Tragen von Atemschutzmasken zwingende Voraussetzung.

Der Aufruf wird unterstützt vom Flüchtlingsrat Berlin, Etehad e.V., dem Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen BBZ, Jugendliche ohne Grenzen, Seebrücke und PRO ASYL.

Kontakt über den Flüchtlingsrat Berlin e.V., www.fluechtlingsrat-berlin.de